

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 48. 33. Jahrg.

26 Novbr. 1920

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 2 Mk. vierteljährlich. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

**Redaktion:**  
Hans Ronnger, Berlin-N24, Eisenstr. 86-88, 111. Redaktionschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 9268.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition, erbittet man die Beilagen nach Übereinkunft.

**Inhalt:**

**Hauptteil:** Bekanntmachung. Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1919. II. Rundschau. 9. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Allgemeines: Ortsberichte: Braunschweig, Chemnitz. — Der Betriebsrat: Aus meiner Praxis als Betriebsrat. — Die photomech. Fächer: Schwedens Chemigraphen im Streik. Ortsberichte: Berlin, Lichtdrucker; Dresden, Chemigraphen. — Der photographische Mitarbeiter: Zur Ausgestaltung der Berliner Fachschule. — Die Tapetenbrande: Ortsbericht: Einbeck, Formstecher. — Feuilleton: Eingegangene Schriften. — Anzeigen. — Kassenbericht für das I. Quartal 1920.

**Bekanntmachungen.**

Wegen Sperrebruch, begangen in Holland, wurde der Steindrucker Carl Barth, Buch Nr. 34 090, zur Zeit in Mannheim ansässig, aus dem Verbands ausgeschlossen.

**Der Verbandsvorstand.**

**Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1919.**

II.  
Die Deutschen Gewerkvereine (Hirschdunker), die von sich behaupten, die älteste Organisationseinrichtung zu sein, haben an der gewaltigen Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften den geringsten Anteil. Sie sind deshalb noch einflussloser geworden als in der Vorkriegszeit. Es gehören dieser Gruppe 19 Organisationen an, die 1919 zusammen einen Bestand von 1728 Ortsvereinen hatten gegen 1720 im Vorjahre. Die gesamte Mitgliederzahl betrug 189831, darunter waren 18086 weibliche Mitglieder. Gegen 1918 erfolgte ein Zuwachs von 76039 Mitgliedern = 65,82 v. H. Die Gesamteinnahme bezifferte sich auf 5510989 Mk. und die Ausgabe, ohne 413 938 Mk. neu angelegter Gelder, auf 4851313 Mk. Der Vermögensbestand betrug 2955650 Mk. Unter den Einnahmen und Ausgaben befinden sich auch die der Kranken- und Begräbniskassen, die selbständige Einrichtungen mit besonderen Beiträgen darstellen.

Die christlichen Gewerkschaften bieten in ihren Jahresstatistiken ein Bild regeren gewerkschaftlichen Lebens als die Deutschen Gewerkvereine. Obschon sie jüngeren Datums sind, haben sie die ältere Gewerkschaftsrichtung erheblich überflügelt, sie bilden die zweitwichtigste Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Handarbeiter. Nach dem von den christlichen Gewerkschaften in Nr. 20 ihres Zentralorgans, Jahrgang 1920, erstatteten Jahresbericht für 1919 waren ihnen 26 Verbände angeschlossen, die zusammen 9918 Ortsgruppen zählten, gegen 4950 im Jahre 1918. Es hat demnach eine Vermehrung der Ortsgruppen um 4968 stattgefunden.

Die christlichen Gewerkschaften zählten am Schlusse des Jahres 1919: 1000770 und im Jahresdurchschnitt 858283 Mitglieder, davon 160024 weibliche. 1918 waren es, nach Absetzen der Mitglieder der ausgeschiedenen Verbände, 392914 Mitglieder, davon 62104 weibliche. Nach der Jahresdurchschnittszahl erhöhte sich der Gesamtbestand um 465369 Mitglieder = 118,44 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitglieder nahm um 97920 zu.

Die Gesamteinnahme betrug 25 614 774 Mk., davon kamen 23 738 222 Mk. aus Beiträgen. Die Ausgabe beläuft sich auf 18 607 315 Mk., und der Vermögensbestand bezifferte sich am Schlusse des Jahres auf 20 161 269 Mk.

Die außerhalb der drei Gewerkschaftsgruppen stehenden sonstigen Arbeitnehmerorganisationen wurden bisher von der amtlichen Statistik als »Unabhängige Vereine« zu einer besonderen Gruppe zusammengefaßt. Die Bezeichnung dieser Gruppe ist jetzt in »Selbstständige Vereine« umgewandelt. Angaben über diese Organisationen liegen erst für 1918 vor. Ihre Zahl ist stark zusammengeschmolzen. Die amtliche Statistik führt 14 an, darunter 4, die jetzt zu den freien Gewerkschaften gehören. Angaben über die Zahl der Mitglieder machten nur 13 Verbände. Diese hatten zusammen 1359 Zweigvereine. Die Zahl der Mitglieder betrug 214360, darunter 10485 weibliche. Über die Kassenverhältnisse berichteten nur 12 Verbände mit zusammen 164 764 Mitgliedern. Es betrugen die Gesamteinnahmen 1 028 709 Mk., die Ausgaben 926 122 Mk. und die Vermögensbestände am Schlusse des Jahres 1918 2502520 Mk.

Die Zusammenfassung der für die drei Organisationsrichtungen, freie Gewerkschaften, Deutsche Gewerkvereine und christliche Gewerkschaften, vorliegenden statistischen Nachweise ergibt, daß diese 1919 zusammen 6527187 Mitglieder, darunter 1370877 weibliche hatten. Von je 100 Mitgliedern der Gesamtzahl kommen auf die freien Gewerkschaften 83,9, auf die deutschen Gewerkvereine 2,9 und auf die christlichen Gewerkschaften 13,2. Diese Anteilszahlen zeigen die starke Überlegenheit der Mitgliederstärke des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die anderen beiden Organisationsgruppen, die sich nach dem Ausbruch der Revolution in noch viel höherem Maße herausgebildet hat als sie vordem bestand. Diese Überlegenheit drückt sich auch in der finanziellen Leistungsfähigkeit aus.

Alle drei Organisationsrichtungen hatten 1919 eine Gesamteinnahme von 27 843 601 Mk., und eine Gesamtausgabe von 22 867 337 Mk.; der Vermögensbestand belief sich am Schlusse des Jahres auf 15 629 928 Mk. Von je 100 Mk. der Gesamteinnahme und -ausgabe kommen auf die einzelnen Gruppen:

	Einnahme	Ausgabe
Freie Gewerkschaften	88,82	89,57
Deutsche Gewerkvereine	1,98	2,16
Christliche Gewerkschaften	9,20	8,27

Pro Mitglied betrug der Durchschnittsanteil der Einnahme, der Ausgabe und des Vermögens

	Ein-nahme	Aus-gabe	Ver-mögen
bei den freien Gewerkschaften	45,13	36,76	31,88*
„ „ Deutschen Gewerkvereinen	29,03	25,56	15,57
„ „ christlichen Gewerkschaften	29,84	31,58	23,49

Es verausgabten für:

	sämtliche Unter-stützung	
	insgesamt	pr. Kopf
Freie Gewerkschaften	44 433 876	8,11
Deutsche Gewerkvereine	4 669 911	2,46
Christliche Gewerkschaften	2 649 442	3,09

\* Berechnet unter Ausschluß der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, der keine Angabe über das Vermögen machte

	Reise- und Arbeitslosensunterstützung	
	insgesamt	pr. Kopf
Freie Gewerkschaften	27 665 205	5,61
Deutsche Gewerkvereine	395 604	2,13
Christliche Gewerkschaften	535 651	0,83

  

	Gemaßregelten- und Streikunterstützung	
	insgesamt	pr. Kopf
Freie Gewerkschaften	45 808 966	8,36
Deutsche Gewerkvereine	** 889 302	4,68
Christliche Gewerkschaften	1 689 658	1,97

\*\* Die Ausgaben der Begräbniskassen, Krankenunterstützung und Sterbegeid sind hier ausgeschlossen.

Das Vertrauen, das sich die freien Gewerkschaften in ihren jahrzehntelangen Kämpfen gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Unternehmertums und der Arbeiterschaft erworben haben, lenkte nach dem Ausbruch der Revolution den Schritt der Massen zu ihnen. Der ungeheure Machtzuwachs stellt die Gewerkschaften vor neue Aufgaben. Alle ehrlichen Vertreter des Gewerkschaftsgedankens, gleichgültig, welche politische Überzeugung sie auch haben, müssen sich einig sein in dem Gedanken: Dem werktätigen Volke seine wirtschaftlichen Kampforganisationen zu erhalten, sie zu fördern und weiter auszubauen. Die planmäßigen, von einer krankhaften Verirrung der Ideen eingegebenen Versuche, nach dem Moskauer Diktat die Gewerkschaften von innen heraus zu zerstören, müssen mit aller Entschiedenheit abgewehrt werden. Innerhalb der Gewerkschaften ist ein erfreulicher Gesundungsprozeß zu verzeichnen, sie dürfen nicht weiter den Tummelplatz politischer Leidenschaften bilden. An Stelle öder Schlagworte muß Gedankenklarheit treten und unfruchtbare, zersetzende Kritik abgelöst werden durch praktische, fruchtbare Betätigung. Die innerhalb der Gewerkschaften noch vorhandenen Gegensätze, wie u. a. die Stellung zu der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum und andere Streitpunkte, sind sachlich auszutragen und werden dann siederlich auch zum Nutzen der Arbeiterschaft gelöst werden. Das ernste und gewaltige Problem der Arbeitslosigkeit drängt zur positiven Arbeit. Es gilt die Gewerkschaften zu Trägern einer neuen, besseren Wirtschaftsordnung auszugestalten. Die Entwicklung weist uns den Weg zum Sozialismus, beschreiten wir ihn, fest und sicher, das Ziel nicht aus dem Auge verlierend.

**Rundschau.**

**Monatsbeiträge im Buchbindergewerbe**  
Der Reichstarifvertrag für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige wurde bis zum 31. Januar 1921 auf folgender Grundlage verlängert: Alle Arbeiter über 24 Jahre und Arbeiterinnen über 21 Jahre, letztere, sofern sie ein Jahr im Beruf tätig sind, erhalten eine monatliche Beihilfe, und zwar: verheiratete Arbeiter über 24 Jahre von 60 Mk., unverheiratete Arbeiter über 24 Jahre von 30 Mk., verheiratete Frauen mit eigenem Hausstand und eigenen Kindern von 40 Mk., Frauen, deren Ehemann erworbensfähig ist, erhalten, sofern sie über 21 Jahre sind, die Beihilfe der Unverheirateten über 21 Jahre. Unverheiratete Arbeiterinnen über 21 Jahre erhalten eine Monatsbeihilfe von 20 Mk. Auch an Kurzarbeiter werden

vorstehende Sätze gewährt. Die sogenannten Industriezulagen des besetzten Gebietes sind in drei Viertel der Beihilfenhöhe anrechenbar.

**Der Stand der Erwerbslosigkeit.** Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich nach den amtlichen Feststellungen in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober zurückgegangen, während sie am 1. Oktober nach den endgültigen Feststellungen 396 151 betrug, belief sie sich am 15. Oktober auf 374 983, es ist also ein Rückgang um 21 168, und zwar 14 457 männliche und 6 711 weibliche Erwerbslose zu verzeichnen. Die Zahl der Familienangehörigen, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden, ist von 360 238 auf 348 637 herabgegangen. Die Aufwendungen an Erwerbslosenunterstützung, die in der zweiten Hälfte des Monats September für Reich, Länder und Gemeinden zusammen 45,7 Millionen Mark betragen hatten, verminderten sich in der ersten Hälfte des Oktober auf 41,2 Millionen Mark.

**Kündigungsbeschränkung zu Gunsten Schwerkriegsbeschädigter.** Durch sofort in Kraft getretenes Gesetz wird die gesetzlich bestimmte Frist, innerhalb deren eine Kündigung gegenüber einem Schwerkriegsbeschädigten nur wirksam wird, wenn die Hauptfürsorgestelle zugestimmt hat, bis zum 1. April 1921 verlängert. Der Reichsarbeitsminister ist ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrates und eines aus 28 Mitgliedern bestehenden Ausschusses des Reichstages die Frist im Bedarfsfälle noch weiter zu verlängern, jedoch nicht über den 1. April 1922 hinaus.

**Aushändigung der Steuerkarte bei Fehlen von Steuermarken.** Die zeitweilig ungenügende Belieferung der Postanstalten mit Steuermarken hat zur Folge gehabt, daß einzelne Arbeiter nicht rechtzeitig die erforderlichen Steuermarken in die Steuerkarte einleiben konnten. Hierdurch haben sich Unzuträglichkeiten bei Wechsel der Arbeitsstelle ergeben, da der Arbeitgeber den austretenden Arbeitnehmern nicht immer die Steuerkarte mit den ordnungsmäßig entwerteten Steuermarken übergeben konnte. Um diese Mißstände zu beseitigen, hat der Reichsfinanzminister angeordnet, daß der Arbeitgeber in solchen Fällen den Betrag, für den die Steuermarken nicht beschafft werden konnten, in bar an die Finanzkasse entrichten kann. Dem Arbeitnehmer ist auf Verlangen eine Bescheinigung auszuhändigen, die außer dem Betrag angeben soll, wann und an welche Kasse der Betrag gezahlt ist, und für welche Zeit er in Abzug gebracht worden ist.

**Vorläufiger Steuerbescheid und Lohnabzug.** In den Kreisen der Lohnempfänger hat die Versendung der vorläufigen Steuerbescheide vielfach Beunruhigung hervorgerufen. Man ist der Meinung, daß der in dem Steuerbescheid angegebene Betrag in bar neben den Lohnabzügen zu entrichten, daß also doppelte Steuer zu zahlen ist. Diese Auffassung trifft nicht zu, es werden viel mehr auf den im vorläufigen Steuerbescheid enthaltenen Betrag die bereits entrichteten Lohnabzüge, die meistens höher sind, wie Bargeld angerechnet, so daß im Regelfall auf den Steuerbescheid keine weitere Zahlung mehr zu leisten ist. Der Empfänger des vorläufigen Steuerbescheides braucht diesen nur zusammen mit seiner Steuerkarte dem zuständigen Finanzamt vorzulegen. In dem Fall, wo der Steuerabzug nicht in Marken, sondern durch Überweisung an die Finanzkasse erfolgt ist (Listensystem), wird in der gleichen Weise verfahren. Da hier jedoch die Möglichkeit besteht, daß die Überweisungen noch nicht überall verbucht sind, wird der Arbeitnehmer gut tun, sich von seinem Arbeitgeber eine Bescheinigung geben zu lassen, die außer dem überwiesenen Betrag auch angibt, wann und an welche Kasse der Betrag gezahlt ist und für welche Zeit er einbehalten ist. Diese Bescheinigung hat die Steuerbehörde vorbehaltlich des Eingangs der Zahlung anzunehmen.

**Überanstrengende Arbeit hat das Proletariat stets geleiht.** Nach einer Arbeit von Dr. Optiz in der Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen ist ein großer Teil des Proletariats mit beruflichen Fehlern behaftet. Schon beim jugendlichen Proletariat treten diese Schäden zutage, die auf die Überanstrengung im Beruf zurückzuführen sind. Darum ist auch die Sterblichkeit der jugendlichen deutschen Arbeiter größer als in England. Optiz verlangt deshalb einen anspruchsvolleren Schutz der jugendlichen Arbeiter und ärztliche Berufsberatung. Auch sei der Arzt mehr als bisher zum Gewerbeaufsichtsdienst heranzuziehen. Es leuchtet allerdings recht deutlich den mangelnden Sinn für Arbeiterhygiene, daß diese Gewerbeaufsicht noch fast nur von technisch-volkswirtschaftlich gebildeten und hierin meist kapitalistisch verbielten Beamten vorgenommen wird.

## 9. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 2. und 3. November traten die Vertreter der Gewerkschaftsvorstände in Berlin zur neunten Tagung des Bundesausschusses zusammen. Über die Tätigkeit des Bundesvorstandes während des letzten Vierteljahres lag ein schriftlicher Bericht vor, zu dem der Vorsitzende, Genosse Lejten, noch einige weitere Ausführungen machte. An den Bericht schloß sich eine längere Aussprache, die sich auf das Verhalten zu den verschiedenen Versuchen bezog, die Einheit der deutschen Gewerkschaften zu sprengen und wobei besonders hervorgehoben wurde, daß die Gewerkschaften solchen Bestrebungen nicht unfähig zusehen dürften, wenn auch kein Grund vorläge, zu befürchten, daß solche Bestrebungen Erfolg haben können. Ferner wurde gewünscht, daß das beim Bundesvorstand vorhandene Material über das Internationale Arbeitsamt den Vorständen zugestellt werde, damit sie dazu Stellung nehmen können. Außerdem drehte sich die Aussprache darum, wie weit es möglich ist, der Teuerung entgegenzuwirken. Von verschiedenen Rednern wurde hervorgehoben, daß die Teuerung in Deutschland zum großen Teil von Umständen abhängt, die kein Mensch und keine Partei in Deutschland zu ändern in der Lage ist. Auf besonderen Wunsch war noch die erneute Stellungnahme zur Technischen Nothilfe zur Erörterung gestellt worden. Der Bundesausschuß sah sich nicht veranlaßt, von seiner früheren ablehnenden Stellung abzuweichen.

Eine lange und eingehende Aussprache entspann sich über die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen. Es wurde dabei betont, daß die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften nicht eingengt werden dürfe. Das zu dieser Frage vorliegende Material soll den Vorständen zugestellt werden, damit sie in der für Dezember geplanten nächsten Ausschußsitzung dazu Stellung nehmen können.

Dem Taubstummen-Parteibund wurde für die Herausgabe eines Blattes eine Unterstützung von 5000 Mk. bewilligt, unter der Voraussetzung, daß auch die Gewerkschaften, die daran beteiligte taubstumme Mitglieder haben, ebenfalls Gelder zu demselben Zweck hergeben. Bedingung ist dabei, daß das Blatt in gewerkschaftlichem Sinne geleitet wird.

Die in einer früheren Sitzung eingesetzte Kommission zur Regelung der Mitgliederrechte bei Übertritten zwischen Bundesorganisationen hatte einen längeren Bericht vorgelegt, aus dem hervorgeht, wie schwierig es ist, bei der großen Verschiedenartigkeit unserer Gewerkschaften eine allgemeine Regelung zu finden. Bei der Aussprache darüber wurde auch die Frage einheitlicher Mitgliedsbücher erörtert. Um den Vorständen eine Stellungnahme zu der Angelegenheit zu ermöglichen, wurde diese auf die nächste Sitzung verlagert.

Eine weitere eingehende Aussprache erfolgte bei der Frage der Regelung der Mitgliederrechte bei Übertritten zur Sicherheitspolizei für den Fall, daß diese Gewerkschaftsmitglieder nach Ablauf des Probejahres zu ihrem früheren Beruf zurückkehren und wieder in ihre alten Rechte einzutreten wünschen. Es wurde von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß unter der gegenwärtigen Not und Arbeitslosigkeit sehr wohl auch gute Gewerkschafter dazu kommen können, in die Sicherheitspolizei einzutreten, und daß die betreffenden Gewerkschaftsmitglieder damit noch keineswegs gleich mit einem Makel behaftet werden. Ferner sei der Eintritt in die Sicherheitswehr nicht in Vergleich zu stellen zu dem früheren Militärdienst. Beschlossen wurde, bei Übertritt in die Sicherheitspolizei bis auf die Dauer von 12 Monaten die Mitgliederrechte ruhen zu lassen. Wünschen dann diese Gewerkschaftsmitglieder wieder in ihren früheren Beruf und zu ihrer früheren Gewerkschaft zurückzutreten, so soll dem nichts entgegenstehen, vorausgesetzt, daß sie noch gesund sind.

Ein Antrag des Verbandes der Schuhmacher auf Anstellung von Wanderrednern über Volkswirtschaft und Sozialismus wurde dahin erledigt, daß die von Ortsausschüssen eingerichteten Unterrichtskurse fortgesetzt werden sollen. Dem Ausschuß soll zu seiner Sitzung im Dezember ein schriftlicher Bericht über den Stand dieser Kurse vorgelegt werden. Ferner soll die Betriebsrätezentrale einen Plan für Unterrichtskurse für Betriebsräte aufstellen. Die Kostendeckung soll durch Leistung einer Hörgeldgebühr erfolgen. Ferner ist zu prüfen, wie weit für bestimmte Vortragengebiete Vortragende von der Zentrale zu stellen sind, die dauernd in den Kursen Vorträge halten und zu diesem Zweck von einem Kursus zum anderen reisen.

Das Statistikwesen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes soll ausgebaut werden. Zu dieser Frage berichtete Genosse Herrmann. Der Ausschuß kam zu der Stellungnahme, daß die Statistik über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am besten von Amts wegen geführt werde, und daß die Statistik über die Gewerkschaften vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu führen sei. Voraussetzung ist dabei, daß die amtliche Statistik so geführt wird, daß sie den Tatsachen

entspricht. Ferner hat die Statistische Kommission noch Vorschläge zur weiteren Ausgestaltung der Berufs- und Gewerbebeziehung gemacht.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens, hielt Herr Stadtbaurat Dr. Ing. Wagner einen ungefähr einstündigen Vortrag, worin er zeigte, wie die ersten Schritte zur Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens gedacht sind. Wagner entrollte ferner ein Bild vom Verband sozialisierter Baubetriebe. Es erfolgte eine längere Aussprache, worin besonders auf die Wohnungsnot hingewiesen wurde und ferner auf die Unmöglichkeit, die Lösung dieser Wohnungsnot lediglich dem privaten Baugewerbe zu überlassen. Die wirkliche Lösung der Wohnungsnot sei nur auf dem Wege der Sozialisierung möglich. Ferner wandten sich einzelne Redner gegen die geplante Mietsteuer, bei welcher der Mieter nicht nach seinem Einkommen, sondern nach seinem Wohnungsbedarf belastet wird, was also zur Folge hat, daß kinderreiche Familien, die einer größeren Wohnung bedürfen, nur auch noch mit einer höheren Mietsteuer belastet werden. Wenn die Wohnungsmieter dazu beitragen sollen, Gelder aufzubringen, damit den Wohnungslosen Wohnungen beschafft werden können, so seien diese Gelder durch Zuschläge zur Einkommensteuer und Erhöhung der Abgaben vom Wertzuwachs zu beschaffen. Es wurde ferner noch hervorgehoben, daß es kein zweites Gebiet gäbe, wo sich die produktive Erwerbslosenfürsorge in solch fruchtbringendem Maße anwenden ließe wie gerade beim Wohnungsbau. Beschlossen wurde, daß der Vortrag des Herrn Stadtbaurats Wagner vervielfältigt und den Vorständen zur Verfügung gestellt werden solle. Ferner wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die der Sache noch näherzutreten und der nächsten Sitzung Bericht erstatten soll. In diese Kommission wurden gewählt die Genossen Brey (Fabrikarbeiter), Dißmann (Metallarbeiter), Drunsel (Töpfer), Ellinger (Bauarbeiter) und Schenke (Steinsetzer).

Es kam sodann zu einer langen und gründlichen Aussprache über die Stellungnahme zu den Arbeitsgemeinschaften. Der Vorstand des Schuhmacherverbandes hatte beantragt, der Bundesausschuß möge beschließen, »aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten«. Es wurden von beiden Seiten alle möglichen Gründe für den Austritt oder für das Verbleiben angeführt. Einzelne Gewerkschaftsvertreter berichteten über günstige Erfahrungen, wogegen von anderer Seite eingewendet wurde, daß diese Erfolge sich auch ohne Arbeitsgemeinschaften hätten erzielen lassen. Der Antrag des Schuhmacherverbandes wurde mit 24 gegen 7 Stimmen abgelehnt und eine Entschließung des Genossen Tarnow (Holzarbeiter) gegen 5 Stimmen angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

»Die Gewerkschaften sind der Arbeitsgemeinschaft beigetreten, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Führung der Wirtschaft zu beteiligen. In diesem Sinne ist die Arbeitsgemeinschaft ein brauchbares Mittel im Kampf um die Eroberung der wirtschaftlichen Macht und der Sozialisierung der Wirtschaft. Ihre Bedeutung ist jedoch zeitlich begrenzt und wird erlöschen, wenn mit der fortschreitenden Organisation der Gemeinschaft andere, verfassungsrechtliche und gesetzlich fundierte Organe geschaffen werden, in denen die Arbeiterschaft an der Leitung der Wirtschaft beteiligt wird.

Der Bundesausschuß hält zurzeit die Arbeitsgemeinschaft noch nicht für überflüssig, glaubt aber, daß diese Frage erneut geprüft werden muß, wenn die Organisation der Bezirkswirtschaftsräte durchgeführt worden ist.

Vom Ortsausschuß Nürnberg lag ein Antrag vor, wonach der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bei Lohnregelungen eingreifen sollte. Dieser Antrag wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Einstimmig angenommen wurde eine Kundgebung gegen die drohende Besetzung des Ruhrreviers, die folgendermaßen lautet:

»Von Tag zu Tag vermehren sich die Anzeichen, die die Gefahr einer gewaltsamen Besetzung unseres rheinisch-westfälischen Industriegebietes durch französische Streitkräfte näherbringen. Truppenzusammenschüßungen, Anlagen von Truppenübungs- und Flugplätzen im besetzten Rheinland, offene Kundgebungen der französischen Presse und gleichgerichtete, an Landesverrat grenzende Bestrebungen süddeutscher Kreise lassen keinen anderen Schluß zu, als daß der französische Militarismus nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um sich in den Besitz des Ruhrkohlenreviers zu setzen und damit Deutschland den wirtschaftlichen Lebensadern abzuschneiden.

Die Folgen einer solchen Vergewaltigung Deutschlands würden katastrophal werden, nicht nur für unsere Staats- und Wirtschaftseinheit, sondern auch für das gesamte Europa und für die wirtschaftlichen Beziehungen der Kulturvölker. Deutschland würde nicht allein zerrissen, sondern ein 60 Millionen-Volk zugleich dem Hunger und der Verzweiflung überliefert und damit eine Gefahr für die übrige Kulturwelt geschaffen. Es mag imperialistische Kreise in Frankreich geben, die auch das krassste Elend nicht von der rücksichtslosen, den



Waffrieden auf neue bedrohenden Verfolgung ihrer Ziele abgedeckt, aber der einsichtigeren und weiterblickende Teil der Menschheit und besonders die gesamte Arbeiterschaft aller Länder sollte diese Gefahren erkennen und mit uns zu verhindern suchen.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, erhebt die schärfste Verwahrung gegen diese französischen Vergewaltigungsabsichten und warnt die verantwortlichen Gewalthaber auf das eindringlichste, vor der Ausführung solcher Pläne.

Der Bundesausschuß versucht zugleich die Gewerkschaften aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen, und appelliert an den Internationalen Gewerkschaftskongreß in London, eine Kundgebung im gleichen Sinne zu beschließen.

Eine vom Zentralverband der Fleischer eingebrachte Entschließung betreffend die Stellung der Gewerkschaften zum Steuerabzug mußte ebenfalls bis zur Dezember Sitzung zurückgestellt werden.

Nachdem Genosse Löffler (Bergarbeiter) aus dem Bundesvorstand ausgeschieden ist, machte sich die Anstellung eines neuen Sekretärs notwendig. Beschlossen wurde, die Wahl in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Vom Vorstand des Dachdeckerverbandes lag ein Antrag vor, die in Frankfurt a. M. bei der Universität befindliche Akademie der Arbeit durch Zuweisung von Schülern zu unterstützen. Da diese Angelegenheit den Gewerkschaften auch finanzielle Verpflichtungen auferlegen kann, wurde zunächst beschlossen, eine Kommission zur Untersuchung der Frage einzusetzen. Gewählt wurden die Genossen Dübmann (Metallarbeiter), Ebner (Gastwirtsgehilfen), Streine (Maler), Dittmer (Gemeinde- und Staatsarbeiter) und Genossin Hanna (Gewerkschaftliche Frauenzeitung). —

An die Sitzung des Bundesausschusses schloß sich eine gemeinsame Sitzung mit den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter, die sich mit der Stellungnahme zur Organisation der Betriebsräte und mit den Angriffen der Moskowiter auf die Gewerkschaften Deutschlands und den Internationalen Gewerkschaftsbund beschäftigten. Die Konferenz sprach sich dahin aus, daß gegen die Bestrebungen scharf Stellung zu nehmen sei, die sich gegen die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses wenden. Sie unterstrich die Entscheidungen des Betriebsrätekongresses noch besonders und rath entschiedene Stellung gegen die sogenannten selbständigen Betriebsrätezentralen. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung lag vom Bundesvorstand zusammengestelltes Material vor, das gutgeheißen wurde und veröffentlicht werden soll. Im übrigen nahm die Konferenz scharf Stellung gegen die sogenannten kommunistischen Keimzellen, deren Aufgabe es ist, die Gewerkschaften zu einem Werkzeug der Kommunisten zu machen oder sie zu sprengen. Das beste Mittel dagegen ist die Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder. Zu diesem Zweck soll in der Gewerkschaftspresse mehr geschehen.

## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

### Ortsberichte.

**Braunschweig.** In der am 30. September stattgefundenen Versammlung gab Kollege Mittendorf in anregender Weise einen Bericht über die Gauleiterkonferenz, die zu allen Fragen des Verbandes Stellung zu nehmen und die Wege, die weiter zu begehen sind, zu weisen hatte. Hervorzuheben war insbesondere, daß an die Schaffung eines Manteltarifes, der das gesamte graphische Gewerbe umfassen, herangegangen werden soll, in dem jedoch Verbesserungen, die die ändern Tarife enthalten, nicht abgebaut werden dürfen. Über die neuen Teuerungszulagen für die Lithographen und Steindruckereien war leider mitzuteilen, daß die Verhandlungen scheiterten und ein Schiedsspruch des Arbeitsministeriums herbeigeführt werden soll. Hierauf gab Kollege Mittendorf dann einen Überblick über das Römmlersche Lohnsystem. Die Kollegen kamen zu einer einmütigen Ablehnung desselben, da eine Verbilligung der Klistheepreise nur auf Kosten der Gehilfen erfolgt und nicht auf Kosten des Unternehmergewinns. Auch würde durch das ganze System nur Zwielicht unter die Kollegen gesät, und ist das ganze Akkordsystem zu verwerfen. Des weiteren teilt Kollege Mittendorf mit, daß er zum Verbandsangestellten gewählt wurde und Braunschweig verlassen müsse. Seinen Braunschweiger Kollegen, mit denen ihn so viele Jahre Verbandsarbeit verbinde, werde er jedoch nie vergessen. Es wurde dann zum Vorsitzenden Kollege Wägele, zum Kassierer Kollege Debou und zum Schriftführer Kollege Willweber gewählt. Kollege Willweber sprach dann im Namen der Braunschweiger Kollegen dem Kollegen Mittendorf herzlichsten Dank für seine aufopfernde Tätigkeit als Vorsitzender aus und wünschte ihm das Beste für die Zukunft. Einige Andenken zur Erinnerung wurden anschließend überreicht.

Die Versammlung am 11. November nahm Stellung zu dem vom Arbeitsministerium gefällten Schiedsspruch, der nur den verheirateten Kollegen 15 Mk. Teuerungszulage gibt. In längerer Aussprache kam die Erregung der Kollegen über den mageren Ausfall der Verhandlungen und des Schiedsspruches zum Ausdruck. Kollege Wägele teilt mit, daß hier am Orte versucht worden ist, in den einzelnen Betrieben mehr herauszuholen. Jedoch nur von der Firma Hudt & Co. konnte günstiges berichtet werden. Die Firma hat den verheirateten Kollegen 25 Mk. und den ledigen 15 Mk. pro Woche bewilligt. In Firma Köhler & Lippmann und Firma Piepenschneider erhielten einige Kollegen die 15 Mk. Zulage mit. In den Steindruckereien konnte fast gar nichts erreicht werden. In Firma Litoff erklärte der Chef, mehr wie Schiedsspruch zahle er nicht, die Gehilfen hätten eben müssen mehr verlangen. Dieser Ausspruch beweist, daß die Unternehmer sehr wohl in der Lage sind, mehr zahlen zu können. Sie wollen jedoch nur nicht und erklären sich an einen Beschluß des Unternehmerverbandes gebunden. Der Vorstand wurde beauftragt folgende Resolution dem Hauptvorstand und den Tarifämtern zu übermitteln:

»Die Braunschweiger Lithographen, Steindruckereien und Chemigraphen erklären sich mit der 15 Mk. Teuerungszulage nicht einverstanden. Sie sind der Ansicht, daß die Unternehmer sehr wohl in der Lage sind, mehr bezahlen zu können, ohne daß der Beruf zugrunde geht und führen zum Beweis an, daß einige Firmen mehr zahlen, als sie durch Schiedsspruch müssen. Sie fordern daher den Hauptvorstand auf, sofort bei den beiden Tarifämtern neue Lohnforderungen einzureichen, um einen Ausgleich zu der jetzt wieder einsetzenden Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zu haben.«

Die Porträtphotographen, deren Bezahlung eine ganz traurige ist, forderien den Vorsitzenden, Kollegen Wägele auf, mit der Zwangsinnung der Porträtphotographen Verhandlungen zwecks Gewährung einer neuen Teuerungszulage einzuleiten. Die Stellungnahme der Chemigraphen zur Erneuerung ihres Tarifes soll in einer besonderen Spartenversammlung erfolgen. Unter Verschiedenem regt Kollege Barthel an, in den nächsten Versammlungen Fachvorträge auf die Tagesordnung zu setzen. Als erster soll ein Vortrag über das Offsetverfahren erfolgen. Kollege Koch gibt unter Beifall der Versammlung seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß in der »Graphischen Presse« bei der Veröffentlichung der Verbandsjubilare deren Kriegsdienstzeit mit veröffentlicht wurde. Es wird verlangt, daß dieses in Zukunft zu unterbleiben hat. Mit dem Hinweis, die Versammlungen noch zahlreicher zu besuchen, schloß Kollege Wägele die Versammlung.

Chemnitz. Die in Nr. 35 der »Graphischen Presse« über Herrn Jülich gebrachte Notiz kann ich nicht aufrecht erhalten, da ich von den Kollegen nicht richtig informiert worden bin.

Der Schreiber der Notiz.

## Der Betriebsrat

Aus meiner Praxis als Betriebsrat.

Allgemeines.

»Betriebsrat werden ist nicht schwer, Betriebsrat sein dagegen sehr.« Dies Wort vom Vater werden und vom Vater sein so variiert, trifft mit geradezu teuflischer Seirtheit direkt ins Schwarze. Ken Arbeiter, der seine Pflicht als Betriebsrat zu erfüllen suchte und mit ganzer Hingabe seines Amtes waitete, wird dieses bestreiten. Es läßt sich auch gar nicht bestreiten! Die Wahl zum Betriebsrat ist zwar schnell vollzogen; schnell der Würde Bürde auf den Hals geladen, aber die Erfüllung der übernommenen Pflicht, zumal wenn ihr konkrete, festumgrenzte, mit den täglichen Mühsalen eng zusammenhängende Versprechungen vorhingen, nicht selten eine Unmöglichkeit. Überhaupt diese Versprechungen, diese Wechsel auf die Zukunft! Mir sind sie zuwider! Nichts versprochen, aber fleißig geschafft, hat bisher jedes Ding noch vorwärts gebracht!

Leider wird dieses alle, aber wahre und so inhaltsreiche Wort auch in der Betriebsratsbewegung nicht gebührend beachtet. Wenn auch nicht allein, so aber doch zu einem erheblichem Teile sind gemachte, dann aber nicht einzu lösende Versprechen die Ursache, beizelten den Dienst wieder quittieren zu müssen, die Ursache des riesigen Verbrauches von Betriebsräten. Als Betriebsrat nehme man sich nur einmal die Mühe eine gewisse Zeit seine Beobachtungen auf den Wechsel in der Besetzung der Betriebsräte einzustellen und man wird erstaunt sein über den riesigen Verbrauch an Kräften. Wenn dieser Verbrauch an Kräften in unserem Gewerbe auch geringer ist, so ist er doch immerhin stark genug um beachtet zu werden.

Natürlich ist der oben angegebene Grund nicht ausschließlich die Ursache zu diesem Kräfteverbrauch. Vielmehr bietet das verantwortungsvolle Amt eines Betriebsrates hundert von Anlässen,

die undankbare und nervenaufreibende Arbeit freiwillig ändern zu überlassen. Nicht selten ist es die Belegschaft selbst, ist es das Verhalten der Mitarbeiter, daß zur Niederlegung des Postens als Betriebsrat zwingt. Die noch herrschenden Unklarheiten über die Aufgaben der Betriebsräte, die oft vollständig falsche Einschätzung der Macht der Betriebsräte und nicht zuletzt die — man muß bald sagen in unzählige politische Parteien gesplittene Arbeiterschaft, von denen an ihre Anhänger die Forderung der Erfüllung der widersprechendsten Dinge gestellt werden, sind die Ursachen, zu oft maßloser Kritik an der Tätigkeit des Betriebsrates. Ist es dann ein Wunder, wenn unter solchen Umständen manch einer die Flinte ins Korn wirft und mit der Bemerkung nicht mehr mittut: »Hahnemann, geh du voran; du hast die größten Siefeln an.«

Damit soll nicht dem für jeden Fortschritt notwendigen demokratischen Mißtrauen der Stab gebrochen werden. Im Gegenteil! Wer eine Kritik, geboren aus dem Bestreben vorwärts zu kommen und getragen von der überzeugenden und dadurch ganz von selbst versöhnend wirkenden Sachlichkeit nicht vertragen kann, ist in der Arbeiterbewegung überhaupt nicht zu gebrauchen. Selbst Kritik, die ganz offensichtlich weit übers Ziel hinauschießt, aber geleitet ist vom besten Willen mitzuhelfen, wird ohne weiteres mit in den Kauf genommen. Denn mit solchen Menschen ist zu diskutieren, ist eine sachliche Aussprache möglich, weil nur der Wille zum Guten, der Wille, der Arbeiterschaft zu dienen, das Leitmotiv ist. Aber was jetzt manchmal geboten wird; und was jetzt manchmal geistert wird, das geht tatsächlich auf keine Kuhhaut und überschreitet das Maß des Erträglichen wirklich um einige Lichtjahre. Nicht Kritik wird geübt, sondern persönliche Herabsetzung ist das A und das O alles Tuns.

Solche Kritiker, die jetzt anscheinend noch stärker in Mode kommen, hat sich unser Betriebsrat gleich beim ersten Auftreten gründlich vorgeknöpft. 90 Prozent der Belegschaft stellte sich geschlossen hinter den Betriebsrat und die Worte, die den Kritikern ins Stammbuch geschrieben wurden, passen nicht als dauernde Zierde an den Spiegel. Es mag sein, daß dieses Ergebnis nur darauf beruht, daß unser Betriebsrat fast das einstimmige Ergebnis des Willens der Belegschaft ist. Vielleicht hat auch mitgewirkt, daß alle Betriebsratsmitglieder nur dem Drängen der Belegschaft folgend, nicht dem eigenen Triebe — denn jeder hatte schon sein gerüttelt Päckchen in der Arbeiterbewegung — in ihr Amt einstiegen. Ganz sicher aber gab den Ausschlag, daß jeder Einzelne schon lange ehe an Betriebsräte gedacht wurde im Vordertreffen der Arbeiterbewegung gestanden hat und seine Ehrlichkeit unbestritten Geltung hatte. Und neben Kenntnissen kommt es auf die Ehrlichkeit an.

Schon zu hunderten von Malen hat sich in der Arbeiterbewegung die Tatsache als wahr erwiesen, daß es ein Irrtum ist, ohne Rücksicht auf die jeweiligen Machtverhältnisse zu nehmen, in Aktion zu treten. Neben der Gewerkschaftsbewegung haben die Betriebsräte die Pflicht, hierauf besonders zu achten. Denn genau wie von den Gewerkschaften wird auch von den Betriebsräten die umgehende Einlösung gegebener Versprechen verlangt. Nichts schädigt das Ansehen eines Betriebsrates, und damit auch seinen Einfluß beim Unternehmer mehr, als wenn er Forderungen anmeldet, die in die Tat umzusetzen er nicht in der Lage ist, selbst nicht einmal einen Teilerfolg erzielen kann. Deshalb ist jeder Betriebsrat verpflichtet immer und bei jeder Gelegenheit ehrlich und offen zu sagen, was er zu erreichen für möglich hält und was nicht, auch auf die Gefahr hin, mit dem abgedroschenen Kosenamen »Bremsler« beglückt zu werden.

Das offene Wort darf natürlich nicht nur das Ohr der Belegschaft treffen, sondern auch dem Unternehmer ist in gleicher Weise gegenüber zu treten. Immer ist Wert darauf zu legen, dem Unternehmer ohne alle Umschweife zu sagen was notwendig ist. Klarheit und Bestimmtheit bei allem, was mit dem Unternehmer verhandelt wird, wird dem Betriebsrat auch vom Unternehmer Achtung abnötigen. Leider wird die hier geforderte Bestimmtheit noch zu oft darin erblickt, seinen Worten durch »Schlagen mit der Faust auf den Tisch« den nötigen Nachdruck zu verleihen. Dieses Schlagen mit der Faust auf dem Tisch selbst nicht wörtlich genommen, vermag doch, eine die Gesetze der Umgangstörmen verletzende Sprache, mehr Schaden als Nutzen anzurichten. Es wäre eine vollständige Verkennerung der Wirklichkeit anzunehmen, daß nur eine derbe, mit allerhand Schlagworten der StraÙe gespickte Rede beim Unternehmer Eindruck schindet. Diese Leute sind im Durchschnitt schon mit allem Wasser gewaschen und haben schon hinter jedem Busch gesessen. Aus meiner Praxis muß ich vielmehr sagen, daß ein ruhiges, aber bestimmtes Vortragen des Gewünschten, gestützt auf volle Kenntnis der Materie, viel eher die Möglichkeit bietet, durchzusetzen, was notwendig ist. Denn nur so behält man den Trumpf in der Hand, als Kenner auch geistig die Dinge zu beherrschen.

In der Gesamtheit betrachtet, muß unser Tun als Betriebsrat ausschließlich von dem Grundsatz

aus orientiert sein, alle die uns zur Ausübung gestellten Aufgaben auch geistig zu beherrschen. Bei der im Durchschnitt geringen geistigen Bildung der Betriebsräte sicherlich ein schweres Beginnen. Aber von welcher Seite man auch die uns zur Lösung gestellten Probleme betrachtet: immer wieder ergibt sich, daß nur volle geistige Beherrschung der Zauberstab fruchtbringender Arbeit ist. Das muß uns ansporren keine Gelegenheit zu versäumen, unser geistiges Rüstzeug zu ergänzen, zu vervollkommen. Der Gelehrtheit bietet sich genug. Gewiß ist auch hier und da einmal Enttäuschung das Ergebnis des Besuches solcher Veranstaltungen, aber deshalb den Mut verlieren, hieße tatsächlich einem kleinen Geschlecht angehören. Daneben muß der Austausch gemachter Erfahrungen uns helfen weiter zu kommen. Einige von diesen gemachten Erfahrungen soll der Gegenstand weiterer Abhandlungen sein.

## Die photomech. Fächer.

### Schwedens Chemigraphen im Streik.

Seit dem 1. Oktober stehen die schwedischen Chemigraphen im Streik. Der bis zum 1. Oktober geltende Tarif hat drei Jahre lang Bestand gehabt, läuft also seit dem Jahre 1917. Während dieser drei Jahre sind die Kosten der Lebenshaltung ununterbrochen gestiegen. Die Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung betragen jetzt, seit 1914 ab, nach dem letzten Bericht des »Socialvorstandes« 180 Prozent.

Durch den Tarif gebunden, haben sich die Chemigraphen auf dem kollektiven Wege und durch Vereinbarungen nur unvollständig einigen Ersatz für die Zeit der Teuerung verschaffen können. Diese kollektive Erhöhung der Löhne, die ungefähr 100 Prozent beträgt, ist, wie ein jeder einsehen wird, nicht genügend, und die Chemigraphen haben deshalb in dem neuen Tarif erhöhte Löhne verlangt.

Bei den Verhandlungen, die zwischen den Delegierten der Unternehmer und Arbeiter geführt wurden, zeigte sich recht bald, daß ohne Streik nichts zu erreichen war. Bei den späteren Verhandlungen, bei denen der Vergleichsmann des Reiches assistierte, um eine Übereinkunft zustande zu bringen, boten die Arbeitgeber als ihr letztes Angebot 85 Kr. in der Woche, d. h. zirka 90 Prozent über den jetzt seit 1917 geltenden Minimallohn. Da dieser Minimallohn in fast keinem Falle Lohnerhöhung gebracht hätte, und da die Arbeitgeber auch einige Änderungen in dem alten Tarif forderten, die große Verschlechterungen desselben bedeuteten, konnte keine Einigung bewirkt werden, und die Chemigraphen traten in den Streik.

Mit mehreren Anstalten, die der Arbeitgeberorganisation nicht angehören, sind jetzt Übereinkünfte getroffen worden, mit einem Minimallohn von 105 Kr., nebst einer individuellen Erhöhung von 10 Kr. und zwei Wochen jährlichem Urlaub. Ungefähr 200, d. h. zwei Drittel aller Chemigraphen Schwedens sind jetzt durch den Streik arbeitslos.

Man sucht jetzt in einigen Anstalten mit »Obern« und ein paar ungelerten Streikbrechern sich zu behelfen, aber die größte Gefahr besteht darin, daß die Arbeitgeber die Arbeiten in Deutschland ausgeführt bekommen könnten. Sie wollen sich des niedrigen Marktkurses und der niedrigen Löhne bedienen und hoffen, uns in dieser Weise besiegen zu können.

Wir verlassen uns aber mit aller Bestimmtheit darauf, daß sich die deutschen Kollegen weigern, diese Streikbrecherarbeit auszuführen, und daß sie suchen, durch alle Mittel das Ausführen derselben zu verhindern. Nur so können wir den Streik zu einem glücklichen Ende führen.

Lithographenverband Schweden.

### Ortsberichte.

**Berlin, Lichtdrucker.** In der am 27. Oktober abgehaltenen Versammlung berichtete Kollege Reinhold über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Im großen und ganzen führte Redner aus, was schon durch die »Graphische Presse« bekannt gegeben worden ist. In der Aussprache kritisierten die Kollegen vom Schwarzdruck die Ungleichheit der an sich mageren Zulage und hoben besonders hervor, daß dadurch eine Entfremdung in der Kollegenschaft einreten müsse. Diese Ausführungen fanden das volle Verständnis der Versammlung und soll nichts unversucht bleiben die Einheitlichkeit wieder herzustellen.

Anschließend gibt Kollege Busch eine Übersicht über die Urgestaltung des Tarifes, wie sie von der Zentralkommission geplant ist. Vorgesehen sind bei dieser Umgestaltung des Tarifes: 1. Tarifliche Vereinigung der Berufsgruppe mit den Chemigraphen mit besonderer Beratung. 2. Aufhebung des Zwangscharakters des Tarifes. 3. Umbildung der Preisgestaltung. 4. Verkürzung der Arbeitszeit. 5. Nichtemstellung von Lehrlingen. 6. Neugestaltung der Entlohnung. 7. Verbesserungen in der Ferienfrage.

In der Aussprache wird zuerst der Mantelarif besprochen, der eine Ablehnung durch unsere Unternehmer erfahren hat. Zum »Zusammenschluß der graphischen Berufsgruppen« wird gefordert, den einzelnen Sparten eine gewisse Ellenbogenfreiheit zu geben; damit errungene Vorteile einer Sparte erhalten bleiben und günstige Situationen ausgenützt werden können. Der Tarifzwang fand allseitige Ablehnung, die durch eine Abstimmung noch unterstrichen wurde. Die Umbildung der Preisgestaltung weist auf die Betriebsräte hin, daß Mitbestimmungsrecht zu erkämpfen. Erneut wird einstimmig die 44-Stundenarbeitswoche gefordert. Zur Regelung der Löhne sieht man in der amtlichen Statistik zur Errechnung des Existenzminimums eine Basis der Verhandlung und nimmt Abstand von der Festsitzung einer bestimmter Summe, um weitergehenden Anerbieten der Unternehmer kein Hindernis in den Weg zu stellen. Grundsätzlich wird gefordert gleiche Mindestlöhne für Schwarz und Bunt. Für Überstunden werden allgemein 50 Prozent Zuschlag gefordert. An Ferien wird verlangt: Nach halbjähriger Beschäftigungsdauer sechs und nach ganzjähriger Beschäftigungsdauer 12 Tage. Verdienste auf Ferien ist unstatthaft. Dem Paragraph 8 des Tarifes soll zugefügt werden: Einstellungen und Entlassungen sind nur mit Zustimmung des Betriebsrates zulässig; wo der Betriebsrat die Zustimmung versagt, ist die getroffene Maßnahme aufzuschieben bis die Instanzen entschieden haben. Dem Lehrlingsregulativ soll angefügt werden: Für die Dauer der Gültigkeit des Tarifes ist die Einstellung von Lehrlingen verboten. Arbeitsnachweis betreffend wird verlangt, die arbeitslosen Kollegen der Reihe nach zu vermitteln und: In Arbeit befindliche Kollegen sollen sich durch den Arbeitsnachweis verändern können, wenn Arbeitslose nicht gemeldet sind. Zum Schluß wird noch darauf verwiesen, daß bei Scheitern der Verhandlungen auch eine tariflose Periode in den Kauf genommen wird.

Unter Verschiedenes behandelt Kollege Buch noch die Erwerbslosenfürsorge, die den Arbeitslosen oft erst Unterstützungen gewährt, nachdem sie erkämpft worden ist. Zum Schluß der Versammlung teilte ein Kollege mit, daß in seiner Firma ein Lithograph 81 Überstunden machen konnte, trotzdem wir in der Zeit der Betriebsräte leben.

W. W.

**Dresden, Chemigraphen.** Die am 10. November stattgefundenen Monatsversammlung der Dresdener Chemigraphen mit der Tagesordnung: 1. Tarifliche Angelegenheiten. 2. Aussprache über das Römmlersche Akkordsystem. 3. Verschiedenes, gestaltete sich zu einer wichtigen Kundgebung der hiesigen Kollegenschaft.

Nachdem der Vorsitzende, Kollege Engelhard, gleich auf unsere letzte Lohnerhöhung einging, und in welcher sehr bedauert wurde, daß es nicht gelungen ist auch nur das geringste für die ledigen Kollegen herauszuholen und selbige als Arbeiter 2. Klasse degradiert werden, blieb uns doch weiter nichts übrig, als leider den traurigen Schiedsspruch anzunehmen. Durch eine weitere Mitteilung des Hauptvorstandes weist selbiger darauf hin, daß die strittigen 20 Prozent für Kurzarbeiter bis zum 31. Dezember dieses Jahres voll bezahlt werden müssen. Engelhard geht dann auf die Verhandlungen mit der Dresdener Unternehmerschaft ein, hierzu nehmen die Kollegen Satzinger und Heinrich, welche selbst der Sitzung mit beiwohnen, das Wort und teilen unter gespannter Aufmerksamkeit der Kollegen mit, daß die Dresdener Unternehmer dem Ansuchen der hiesigen Kollegenschaft, arbeitslose Kollegen 13 Wochen lang zu beschäftigen und dafür jeder arbeitende Kollege unter Anrechnung voller Erwerbslosenunterstützung 14 Tage aussetzen soll, abgelehnt haben. Die Arbeitslosen erkennen den Opfermut der Kollegen an und mit Entrüstung wurde das Ergebnis der Verhandlung entgegengenommen.

Sehr eingehend wurde dann über das Akkordsystem des Herrn Römmler verhandelt. Nachdem Engelhard an der Hand seiner Unterlagen sämtliche Punkte unter teilweiser stürmischer Unterbrechung durchnahm, wurde folgende Resolution eingebracht:

»Die heute, am 10. November, in Adams Gasthaus einberufene starkbesuchte Monatsversammlung der Dresdener Chemigraphen nahm Kenntnis vom Römmlerschen Akkordsystem, sie weist es weit von sich ein dem derzeitigen unerhörten Ausbeutungssystem überhaupt näherzutreten. Im Gegenteil. Sie macht es sich zur Pflicht, dieses System rück-sichtslos zu bekämpfen.«

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen und somit war das »System Römmler« auch für die Dresdener Kollegen erledigt.

Nachdem noch verschiedene Verwaltungsarbeiten erledigt wurden, schloß Kollege Engelhard, mit dem Hinweise auf die sächsische Landtagswahl die gut besuchte Versammlung um 8 Uhr.

## Photogr. Mitarbeiter.

### Zur Ausgestaltung der Berliner Fachschule.

Bei der Feier des 25jährigen Bestehens der Berliner Fachschule für Photographen am 7. November in der Aula des Lettehauses kamen die zwischen den Innungsmeistern und der Gehilfenorganisation in bezug auf die Weiterentwicklung der Fachschule bestehenden Gegensätze zum Ausdruck, obschon nur wenige Worte von beiden Seiten dazu geäußert wurden. Bei dieser Gelegenheit verlangte der Organisationsvertreter ein stärkeres Mitbestimmungsrecht. Wir halten in der heutigen Zeit eine paritätische Vertretung in allen Organen der Berufe für notwendig und zweckmäßig. Durch die Notwendigkeit der Fachschule, die auch von den Innungsmeistern nicht bestritten wird, geben diese zu, daß die Meisterlehre ungenügend ist. Wir behaupten das dieselbe heute noch weit weniger ihren Zweck erfüllt, als zur Zeit der Gründung der Fachschule. Aus diesem Grunde müßte eigentlich jede Möglichkeit erfaßt werden, die Schule zu erweitern. Weit gefehlt. Sind doch zurzeit nicht einmal die zur Fertigstellung von Arbeiten notwendigen Materialien ausreichend vorhanden. Seit Jahren sind die Mittel, die die Stadt für die Schule aufwendete beschränkter geworden. Daneben aber besteht die Photographische Abteilung der städtischen Handwerkerschule II, die verhältnismäßig gut eingerichtet ist. Die Lehrlinge der Reproduktionsphotographie besuchen in den beiden ersten Jahren die Fachschule für Photographen, in den beiden letzten Jahren die photographische Abteilung der Handwerkerschule II. Was läge also näher, als beide Schulen zusammenzulegen. Als wir uns vor Jahren schon darum bemühten, sahen die Leiter beider Schulen das Richtige unserer Forderung ein, aber keiner der beiden Leiter wollte auf eine Aufgabe irgend einer Position eingehen oder den Anstoß zur Verständigung nach dieser Richtung hin geben. Hinzu kommt, daß die Personation in der Leitung der Fachschule mit der Schule des Lettehauses eine Zurücksetzung der Fachschule bringen muß, selbst wenn die leitende Person solches nicht beabsichtigt. Aus einem solchen Dilemma herauszukommen müßte eigentlich den leitenden Personen angenehm sein, wenn sie nicht rein persönliche Interessen leiten. Die Gewerkschaften, welche schon längst in der kommenden Lehrwerkstätte eine Ablösung der Meisterlehre erblickten wirken überall, wo die Möglichkeit besteht, auf die Gründung von Fachschulen hin, die letzten Endes aus Staatsmitteln erhalten werden sollen. — Eine Zusammenfassung verwandter Berufe, wie an der Wiener Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt, die doch auch auf unserem Gebiet Vorbildliches geleistet hat, streben auch wir an. Von unserer Organisation liegt ein derartiger Lehrplan für eine graphische Schule, die die Photographie und Reproduktionstechnik als auch die Lithographie und den Steindruck umfassen soll, seit Jahren vor. Er wurde im Einvernehmen einer Reihe bewährter Fachleute geschaffen. Diese Schule kann, wenn man sie auch zurzeit aus Mangel an finanziellen Mitteln nicht gleich schaffen kann, nach und nach aus dem Bestehenden zusammengelegt werden. Wir sind überzeugt, daß das Zusammenwirken auch einen günstigen Einfluß auf die gesamte graphische Technik ausüben wird. In Münden hat man den Gedanken schon in die Tat umgesetzt und zunächst wenigstens alle photographischen Fachschulen zu einer vereinigt und verstaatlicht. Hier hat man die Vorteile erkannt und die Folgerungen gezogen. Wird man in Berlin daraus lernen? Dann aber muß auch der konservative Geist der sich zeitweilig an der Photographischen Fachschule und der Lehranstalt des Lettehauses breit machte einer freieren Entwicklung Platz machen, damit Schüler und Lehrer freudig lernen und mitarbeiten. Wenn sich dem die Herren Hansen und Tiedemann entgegenstellen, so nützen sie der Sache nicht, sondern sehen die Dinge lediglich von ihrem engbegrenzten Interessenkreise, was uns aber von dem Drängen nach dem gesteckten Ziel nicht abhalten kann. Trotzallem.

## Die Tapetenbranche.

### Ortsberichte.

**Einbeck, Formstecher.** Am 11. November 1920 fand die jährliche Monatsversammlung der Formstecher Einbecks statt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls der letzten Versammlung. 2. Kartellbericht. 3. Bericht über die in Eisenach stattgefundenen Tarifverhandlungen. 4. Verbandsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Nach Erledigung der beiden ersten Punkte verlas der Vorsitzende das Rundschreiben des Zentralvorstandes über die stattgefundenen Tarifverhandlungen. Es entspann sich hierüber eine recht lebhaftige Debatte über das Resultat der Ver-

(Fortsetzung in der Beilage.)



handlungen waren alle Kollegen recht enttäuscht und sind der Ansicht, daß sie sich niemals mit den gemachten Vorschlägen der Prinzipale einverstanden erklären können. Sollten bei den nächsten Verhandlungen die Vorschläge der Herren Prinzipale angenommen werden, so würden sämtliche Kollegen wieder in die Zeit vor dem Kriege zurückversetzt und somit unsere Errungenschaften wieder illusorisch gemacht werden. Die Versammlung bittet daher alle Kollegen des Reiches auf der Hut zu sein, damit die Vorschläge der Herren Prinzipale niemals zur Wahrheit werden, wenn auch in dieser ersten Zeit immer mit dem Slogan: »Wenig Arbeit« gedrückt wird.

Im Punkt Verbandsangelegenheiten wird von der Versammlung verlangt, daß zu allen Verhandlungen unserer Branche ein Vertreter entsandt wird. Die Formstecher der Filiale Einbeck glauben als eine der größten Filialen Deutschlands ein Anrecht darauf zu haben. Im Punkte Verschiedenes wurde gerügt, daß es immer noch Unternehmer gibt, welche gegen die Abmachungen des Tarifs verstoßen. So zahlt z. B. die Firma Zeit ihr Lehrling noch nicht den laut Tarif zuziehenden Lohn. Der bekannte Firma Voekel ist sogar ein arger Schreibfehler im Lehrkontrakt unterlaufen, indem sie einen Hilfsarbeiter als zweiten Lehrling eingestellt hat. Der letztgenannten Firma steht aber nur ein Lehrling zu. Auch diesen beiden Lehrlingen wird der tarifmäßige Lohn vorenthalten. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung um 10 1/2 Uhr geschlossen.

**Eingegangene Schriften.**

**Ratgeber für Kriegshinterbliebene** nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920. Herausgeber Reg.-Rat Erich Robmann, Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Fichtenau, Preis Mk. 4,50.

Der Verfasser, der frühere Vorsitzende des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen und jetzige Leiter des Württembergischen Versorgungsamtes gilt seit langem als genauer Kenner der Materie und seine im gleichen Verlage erschienenen Schriften: Ratgeber für Kriegsbeschädigte und Leitfaden für Hinterbliebenenfürsorge, haben sich in der

Praxis als außerordentlich nützliche Berater und Führer für alle Interessierten erwiesen. Robmann's neue Schrift steht an Übersichtlichkeit der Materie und Anschaulichkeit der Darstellung hinter seinen früheren Arbeiten nicht zurück. Das Buch wird daher wie seine Vorgänger als Ratgeber und Helfer bei der Geltendmachung von Rechtsansprüchen der Kriegshinterbliebenen allen interessierten Kreisen die gleichen guten Dienste leisten wie seine Vorgänger.

**Arbeiterjugend und sexuelle Frage.** Von H. Hackmack. Verlagsgenossenschaft »Freiheit«, Berlin C 2. Preis Mk. 2.—.

Der Verfasser setzt sich in dieser Schrift mit der bürgerlichen Auffassung vom Geschlechtsproblem auseinander und behandelt eingehend die Stellung der Jugendbewegung, insbesondere der sozialistischen Jugend zu dieser Frage. Dabei wird zunächst die soziale Seite dieses Problems gestreift, dann aber auch gleichzeitig neben einigen Studien über das Zusammenleben in der sozialistischen Jugendbewegung, der Jugend mancher Fingerzeig über ihr Verhalten in sexuellen Fragen gegeben. Die Broschüre ist keine schwerverständliche, wissenschaftliche Abhandlung über die sexuelle Frage, sondern stellt eine gemeinverständlich gehaltene Nutzenanwendung der sozialistischen Betrachtungsweise auf jenem Gebiet dar.

**Kind und Umwelt.** Von Otto Rühle. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau. Preis Mk. 2,50.

Die Probleme der modernen Erziehung werden namentlich von bürgerlicher Seite immer nur unter sehr beschränktem Gesichtswinkel betrachtet. Bei ihnen steht die Erziehung losgelöst von allen Faktoren der Umwelt als isoliertes rein individuelles Problem da, aus dem sie bestenfalls das allerdings sehr wichtige und wertvolle Werkzeug der Psychologie anzuwenden bereit sind. Aber die brennendste und allumfassende und sozialpolitischen Faktoren bleiben unberücksichtigt. Der Gesichtskreis des Erziehers muß aber über das Individuum grundsätzlich hinausgreifen und die Erziehung des Einzelmenschen in allseitigem Zusammenhange mit der Erziehung des ganzen Volkes und anderen Problemen der Struktur der Gesellschaft betrachten.

**Neues Kinderland. Ein kommunistisches Schul- und Erziehungsprogramm.** Von Otto Rühle. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau. Preis Mk. 2,50.

Rühle würdigt mit Fröbel das Kind von Anfang an als schöpferisches Wesen. Aus dem Kindergarten führt der Weg über die Spielschule sehr bald zum Arbeitsbetrieb. Die beste und erfolgreichste Erziehung zur Arbeit ist in der Erziehung durch die Arbeit selbst gegeben. Die Einordnung und Erziehung des Kindes in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß ist die nächste und wichtigste Aufgabe der kommunistischen Erziehung. Lehrer und Erzieher in den Betrieben werden alle vorbildlichen Arbeiter sein, und das Hauptgewicht wird darauf gelegt werden, aus dem Proletariat selbst und unmittelbar aus der Produktion Kräfte herauszuziehen, die man als Er-

zieher schult. Die Forderungen und die Wege zeichnet Rühle scharf vor und es steht außer Zweifel, daß die wundervolle Schrift eine Etappe auf dem Wege zur neuen Erziehung ist.

**„Arbeiter-Bildung“, Monatschrift für die Arbeiterbildungsausschüsse und Bildungsorgan für die Jungsozialisten.** Herausgegeben vom Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Verlag Buchhandlung »Vorwärts«, Berlin SW 66, Lindenstraße 3. Vierteljahrsabonnement 6,50 Mk. bei Bezug durch die Post.

Eine neue Zeitschrift, die berufen ist, Wege zu weisen die Arbeiterbildungsbestrebungen zu vertiefen und allen, die im Geiste des Sozialismus sich weiterbilden oder anderen dazu helfen wollen, wertvolle Anregungen zu geben.

**Die Internationale. Tragikomödie in 4 Akten** von Emil Halupp. Verlagsgenossenschaft »Freiheit«. Preis Mk. 4.—.

**Butu Simbas Mission in Europa.** Eine Negergeschichte von H. Thurow, Berlin, Buchhandlung Vorwärts. Preis Mk. 6.—.

**Der neue Welt-Kalender 1921.** Verlag von Auer & Co., Hamburg. Preis Mk. 2,50.

**Protokoll des VII. internationalen Buchdruckerkongresses** in Luzern vom 24.—27. September 1919.

**Berufsordnung für das lithographische Gewerbe und verwandte Berufe der Schweiz.** Lithdruck, Stahlruck, Tief- und Kupferdruck, Chemigraphie.

**Reichs-Lohtarif für Buchbinderarbeiten.** Ausgearbeitet und herausgegeben von der gemeinsamen Tarifkommission des Verbandes Deutscher Buchbinderbesitzer und des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands.

**Protokoll der Verhandlungen des 13. Verbandstages des Deutschen Buchbinderverbandes.** Abgehalten in Würzburg vom 28. Juli bis 4. August 1919.

**Protokoll der Verhandlungen des 10. Verbandstages des Verbandes der Steinsetzer, Plättsetzer und Berufsgenossen Deutschlands.** Abgehalten in Dresden vom 7.—13. März 1920.

**Volksfürsorge.** Was müssen Werber und Referenten von der Volksfürsorge wissen.

**Volksfürsorge.** Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1919.

**Tücht. Zeichner u. Positivretuscheur** sofort gesucht. Ausführliche Offerten an

Richard Labisch & Eisler, Graph. Kunstanstalt G. m. b. H., Hamburg 1, Mönckebergstraße 8.

**Ein Blechdruckmaschinenmeister** der auch tüchtig im Umdruck, ferner ein Umdrucker

der im Blechdruck tätig gewesen und auf Zink gearbeitet hat, für sofort gesucht. Angeb. mit näheren Angaben an

**Gebr. Koppe, A.-G.** Berlin-Lichtenberg.

**Italienische Vertreter - Firma**

mit ausgedehnter Kundschaft der Kunstverlagsbranche, graphischer und verw. Betriebe, Weberei, Kammfabrikation, Goldleisitentfabrikation usw. wünscht deutsche Firmen, welche derartige Artikel produzieren, zu vertreten.

Adr.: **Angelo Scali,** Bergamo (Italien).

**Lithographie (Export) Lithographie**

Den neu patentierten, von lithographischen Großbetrieben als erstklassig anerkannten und als unübertroffen bezeichneten künstlichen

**Schleif- und Polierstein**

	<b>Marke Marlith</b>	
--	----------------------	---

liefert in 4 Nummern: I scharf, II mittel, III fein, IV extrafein, in Form von

**Handsteinen** (auch zum Einspannen in die Maschine), per Stück Mark 7,—, Durchmesser 22, 26, 32 cm, 7 cm Höhe, Gewicht etwa 4, 5, 7 kg, per kg M. 10,—

**Masse zum Selbstgießen** in 1 kg Blöcken per kg Mark 9,50.

Zusendung gegen Nachnahme. Etwa Nichtkonvenientes wird zurückgenommen. Muster (1—4) per Stk. M. 7,—, sowie Prospekt auf Wunsch gerne zu Diensten. Exporteure :: Rabatt.

**Marlith Kunststein-Werk Distler & Wenzel,** München, Theresienstraße 76.

**„Betromit“** Schnelltrockenmittel „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

**„Steingummi“** flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets geruchlos, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- u. Aluminiumplatten.

**„Enoldin“** — Druckfett — speziell für schlecht zu verdrängende Farben und Papiere.

**„Enol“** — Druckfett — sehr geeignet für Bronzedruck.

**„Goliad“** vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel bei Wasser, mild in Geruch, und nicht feuergefährlich.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 43. Fabrik chem. techn. Präparate für Druckerolen.

**Verschiedenes Für Lithographie**

**Steindruckfarben** Gummi arabikum, Bronze, Schlagmetall etc. etc. kauft ständig

**Winklers Farbenhandlung** Berlin, Reidenberger Straße 120.



**Wolff's preisgekrönte Bronzetinktur Kosmos**

Ist Zusatz zu Gold-Druck-Unterfarbe, bürgt für das Haften und einen bisher unerreichten Hochglanz des Bronzedruckes. Ein Versuch überzeugt.

Probep Dosen von 2 1/2 Kilo, Originaldosen von 5 Kilo ab Detmold.

**J. H. Wolff, G. m. b. H.,** Fabrik von Bronze-Tinkturen, Detmold.

Einf. Liniermaschine, Reißzeug, Winkel, Lineale, moderne Vorlagenwerke usw. zu kaufen gesucht. Angebote erbeten an

**Max Leißner** Limbach i. S., Chemnitzer Straße 71

**An Kollegen** verbe den Vertrieb eines kleinen, billigen und konkurrenzlosen Artikels (pat. gesch.), den jede Hausfrau und jedes Geschäft kauft. In teressenten erhalten nach Einsendung von 2,50 Mk. Muster und Anleitung.

M. Friebe, Leipzig-Stötteritz, Arnoldstraße 4

**Graphische Fachklassen** Entwurf und Werkstattausbildung. Autekünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen**

**Inserate**

sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition, Conrad Müller, Schkeuditz b. Leipzig, Augustastr. 8, zu senden

**Fachliteratur**

**Das Tauschieren und Ätzen der Metalle** Mk. 1,60, inkl. Porto und Nachnahme Mk. 2,35.

**Die Erfindung der Lithographie** Mk. —,75, inkl. Porto und Nachnahme Mk. 1,70.

**Der Steindruck an der Schnellpresse** Mk. 4,—, inkl. Porto und Nachnahme Mk. 4,90.

**Das Lehrbuch der Steindruckerei** Mk. 10,—, inkl. Porto und Nachnahme Mk. 13,05.

**Zu frohen Festen, Vorsprüche und Lieder** Mk. 2,—, inkl. Porto und Nachnahme Mk. 2,75.

Lieferung für Ausland mit 50 Prozent Aufschlag gegen Vorhereinsendung des Betrages.

**Verlag Conrad Müller, Schkeuditz - Leipzig** Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 15078

